

aus Deutschland



Stipendien-Aufenthalt in Guatemala

vom 12. Februar bis 27. März 2011

Was vom ewigen Frühling übrig blieb – Klimaopfer und Umweltflüchtlinge in Guatemala

„Arme und reiche Menschen sitzen alle im gleichen Boot, aber auf verschiedenen Decks: Die einfachen Passagiere übernachteten in den unteren Decks, die Rettungsboote liegen auf den oberen.“¹

Von Ina Rottscheid

Guatemala, vom 12. Februar bis 27. März 2011



¹ Sven Harmeling, Referent für Klima und Entwicklung bei Germanwatch

Inhalt

1. Zur Person	440
2. ¡Bienvenidos a la Capital!	440
3. Klimaflüchtlinge – die Flüchtlinge ohne Verfolger	441
4. Zehn Monate nach Agatha	443
4.1 Leben am Abgrund	443
4.2 Zu Fuß durch die „Hochburg der Frauenmorde“	444
4.3 Die verschwundenen Häuser von San Antonio de las Flores	445
5. Was vom ewigen Frühling übrig blieb – Klimawandel in Guatemala	447
6. 15 Jahre nach dem Friedensvertrag: Rückkehr in die Vergangenheit?	450
6.1 Guatemala, der „failed state“ oder: Wer interessiert sich schon für Umweltschutz?	453
7. „Yo manejo, Dios me guía“: Unterwegs in Guatemala	454
8. Doch nur das Ende der Welt?	456
9. Atitlán-See: Gelbe Pampe im Paradies	457
9.1 Der Tag, an dem in Panabaj die Welt unterging	460
9.2 Wohnen auf dem Fußballplatz: San Andrés Semetabaj	462
10. Auf der Flucht vor dem Klima?	464
11. ¡Hacia un Futuro mejor! – Auf, in eine bessere Zukunft?	467
12. Danksagung	468

1. Zur Person

Geboren 1976 und aufgewachsen in Krefeld, nach dem Abitur ein Jahr in Mexiko unterwegs. Seitdem lässt mich Lateinamerika nicht mehr los: Ich habe in Köln und Madrid „Regionalwissenschaften Lateinamerika“ studiert, das ist ein Studium mit verwirrendem Namen („Ah, Sie studieren gar nicht Religionswissenschaften?“ „Ist das so was wie Erdkunde?“) aber einer umso spannenderen Mischung aus Politik, Wirtschaft, Geschichte und Spanisch. Danach Volontariat beim Kölner domradio, freie Mitarbeit für den Fokus Amerika bei der Deutschen Welle, Reportagereisen für das Lateinamerika-Hilfswerk Adveniat, u. a. nach Haiti, Bolivien und Brasilien. Heute arbeite ich als Redakteurin bei WDR 5.

2. !Bienvenidos a la Capital!

Stille. Menschenleere. Ich fühle mich wie in der Wüste, fernab von allem. Die Straßen sind wie ausgestorben. Kein Mensch ist unterwegs, nur ab und an fegt wild hupend ein Auto vorbei. Dann wieder Stille. Im diffusen gelben Licht der Straßenlaterne flattert traurig ein verstaubtes Banner mit der Aufschrift „Bienvenidos a la Capital“ – „Herzlich Willkommen in der Hauptstadt“. Die Wirklichkeit spricht eine andere Sprache.

Ich stehe ratlos vor dem Eingang der Station in Guatemala-Stadt, wo mich der Bus aus Mexiko ausgespuckt hat: Ist das hier wirklich die Hauptstadt? Der zentrale Verkehrsknotenpunkt des Landes? Station an der berühmten Panamericana, die von Alaska bis Feuerland führt?

Drinnen, in der Abfahrtshalle, die aus einem kleinen, gekachelten Raum mit einem brummenden Colaautomaten besteht, dösen zwei Männer auf ihrem zusammengeschnürten Reisegepäck. Ansonsten nichts und niemand. Nichts von dem üblichen lateinamerikanischen Trubel, Straßenlärm, Musik und Händler, die, kaum dass ein Bus seine Türen öffnet, laut schreiend Bunttes, Süßes und Fettiges an den Mann bringen wollen.

Guatemalas Hauptstadt kommt mir vor wie eine Geisterstadt. Es ist 9 Uhr abends und kein Mensch ist mehr unterwegs. Später erfahre ich von den Schwestern in der Casa San Benito, wo ich wohne, dass hier jeder versucht, möglichst bei Anbruch der Dunkelheit wieder zu Hause zu sein. Kurz vor der Abreise, an meinem letzten Tag in der Redaktion, spuckte der Computer die Agenturmeldung „Guatemala: Hochburg der Frauenmorde“ aus – ungemütliche Aussichten. Und ein Kollege erzählte mir, dass die Schießereien in Guatemala-Stadt nachts ein bisschen nervig seien – wegen des Krachs und so... Hier werde ich also jetzt die nächsten Wochen recherchieren: Über den

Klimawandel und die Folgen für Guatemala. Ob sich hier überhaupt jemand für den Klimawandel interessiert?

3. Klimaflüchtlinge – die Flüchtlinge ohne Verfolger

Am Anfang meines Projektes stand eine Zahl: 200 Millionen Menschen sollen, so schätzt die Internationale Organisation für Migration (IOM), bis zum Jahr 2050 vor den Folgen des Klimawandels auf der Flucht sein. Eine kleine Meldung am Rande einer der vielen ergebnisarmen Klimakonferenzen, die meine Aufmerksamkeit weckte: 200 Millionen Menschen – das ist mehr als das Doppelte der Einwohnerzahl Deutschlands. Wo wollen die alle hin? Und warum ist diese Meldung nur eine Randnotiz, die von der Weltpolitik, geschweige denn bei den zahllosen Klimagipfeln offenbar nicht besonders weit oben auf der Agenda steht? Müsste diese Thematik nicht uns reiche Industrienationen interessieren – gerade angesichts der Tatsache, dass schon heute an den Außengrenzen der USA und Europa tagtäglich hunderte Flüchtlinge versuchen, einzuwandern?

Doch Klimaflüchtlinge haben ein Problem: Sie sind nicht definiert, daher tut sich die Weltgemeinschaft schwer damit, dieses Problem anzuerkennen. Das wurde auch bei der vergangenen Klimakonferenz im Dezember 2010 im mexikanischen Cancún deutlich, wo Entwicklungs- und Schwellenländer zwar an die Industrienationen appellierten, als Hauptverursacher des Klimawandels auch die größere Verantwortung zu tragen. Die Problematik, dass durch den Klimawandel jedoch Menschen ihre Existenz verlieren, weil sie schlichtweg nicht mehr dort bleiben können, wo sie immer schon gelebt haben, spielte nur eine sehr untergeordnete Rolle.

Der Begriff des „Umwelt- bzw. Klimaflüchtlings“ ist umstritten: Das liegt vor allem daran, dass gemäß Artikel 1 der Genfer Flüchtlingskonvention diejenige Person Schutz genießt, die „wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung eine wohlbegründete Furcht vor Verfolgung hat und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Furcht vor Verfolgung nicht dorthin zurückkehren kann.“

Umweltveränderungen als Anlass zur Flucht werden von dieser Bestimmung nicht erfasst, da schlichtweg der Verfolger fehlt, der rechtliche Status dieser Menschen bleibt unklar. Sie werden nach der Konvention als „Migranten“ definiert und ein solcher „verlässt seine Heimat üblicherweise freiwillig, um seine Lebensbedingungen zu verbessern.“ Dabei sterben jährlich tausende Menschen an den Folgen von Überschwemmungen, Dürre und Wirbelstürmen oder sie verlieren ihr unbewohnbar gewordenes Land – in

diesem Fall von einer „freiwilligen Entscheidung“ zu sprechen, ist euphemistisch, wenn nicht sogar zynisch.

Guatemala ist ein Beispiel dafür, denn es ist aufgrund seiner geographischen Lage besonders anfällig für extreme Wetterphänomene: Mitch 1998, Stan 2005, Felix und Noël 2007, Agatha 2010 – das sind nur einige Namen von Wirbelstürmen, die für Verwüstung, tausende Todesopfer und hunderttausende Obdachlose stehen. Und die im Wechsel mit extremen Dürren immer häufiger Hungerkatastrophen auslösen. Allein im Jahr 2005 fegte „Stan“ mit Windgeschwindigkeiten von bis zu 130 Kilometern über das kleine zentralamerikanische Land hinweg, zwei Dörfer mit rund 1.400 Einwohnern wurden vollständig unter Schlammlawinen begraben, weite Teile des Landes überschwemmt, hunderttausende Menschen wurden obdachlos. Dem Klima-Risiko-Index der Umweltorganisation Germanwatch zufolge war Guatemala allein im Jahr 2005 das von Wetterextremen am stärksten betroffene Land weltweit.

Katastrophen im Ausmaß von „Stan“ sind jedoch keine Einzelfälle mehr: Das Phänomen des „Niño“, der zu ausgeprägten Trockenzeiten führt, wird von „Niña“ abgelöst, die die verspätete Regenzeit einleitet und ganze Landstriche überschwemmt, Intensität und Zerstörungskraft der Stürme werden zudem deutlich ansteigen, so vermuten Forscher. Und Studien des guatemaltekischen Umweltministeriums prognostizieren eine Erwärmung des Klimas bis 2020 von bis zu 1,7 Grad Celsius, was die Dürreperioden insbesondere im Hochland Guatemalas noch verstärkt. Im September 2009 rief Guatemalas Präsident Álvaro Colom sogar den Hungersnotstand aus: Nach Angaben des UN-Hilfswerkes UNICEF sind in Guatemala mehr als 400.000 Menschen von Hunger bedroht, jedes zweite Kind ist unterernährt. Das ist die höchste Quote Lateinamerikas und die vierthöchste der Welt. Guatemala ist somit ein signifikantes Beispiel für jene Länder, die die Folgen des Klimawandels zu tragen haben, ohne zu ihren primären Verursachern zu gehören: Nach Zahlen der Vereinten Nationen trägt das Land gerade einmal 0,04 Prozent zum globalen Ausstoß an Klimagasen bei.

Dass Menschen, die unter solchen Bedingungen leben, irgendwann in Erwägung ziehen, ihre Heimat zu verlassen, ist naheliegend. Dass der Begriff der „Klimaflüchtlinge“ offiziell nicht definiert ist, bedeutet nicht, dass dieses Phänomen nicht existiert. Was ist denn aus den 140.266 Menschen geworden, die nach „Stan“ in Notunterkünften leben mussten? Wie viele konnten danach ihr Land wieder bewohnen und bearbeiten? Wie leben Menschen, denen solche Katastrophen Familienangehörige, die eigenen vier Wände und das Land als Existenzgrundlage weg gerissen haben? Woher nimmt ein Mensch die Kraft zum Wiederaufbau, wenn klar ist, dass der nächste Wirbelsturm nur eine Frage der Zeit ist? Und wie viel ertragen Menschen, bevor

sie sich entschließen, ihre Heimat, ihre Familie und ihr Dorf zu verlassen? Das sind Fragen, auf die ich in Guatemala Antworten finden will.

4. Zehn Monate nach Agatha

Ich muss nicht lange suchen: An meinem ersten Morgen in Guatemala sitze ich beim Frühstück und lese Zeitung: „Bewohner leiden immer noch unter den Folgen von Agatha“ titelt die Prensa Libre. Neun Monate nach Wirbelsturm Agatha, der im Sommer 2010 über das Land hinweg fegte, haben die Bewohner von Vías del Río in Amatitlán, ganz in der Nähe der Hauptstadt, immer noch keinen Zugang zu sauberem Wasser, lese ich dort. Ihre Brunnen, die sie früher versorgten, wurden durch die Überschwemmungen zerstört, das Wasser des Sees ist seit Jahren verseucht. Vier Monate standen ihre Häuser unter Wasser, darum mussten ihre Bewohner sie verlassen, danach kamen Vandalismus und Plünderungen. Der Wiederaufbau hätte schon im Januar beginnen sollen, doch nichts tut sich. Aber die größte Angst sei, so schließt der Artikel, dass bereits in drei Monaten der Winter wieder beginne und mit ihm wächst die Gefahr erneuter Überschwemmungen und Wirbelstürme.

4.1 Leben am Abgrund

Um mit eigenen Augen zu sehen, was Agatha angerichtet hat, muss ich noch nicht einmal nach Amatitlán fahren. Guatemala-Stadt ist auf und zwischen zahlreichen tiefen Schluchten gebaut, den so genannten „barrancos“, die durch Brücken miteinander verbunden sind. An die Steilhänge klammern sich waghalsige Bauten: Hütten, oft nicht größer als ein Zimmer, aus Stein oder Wellblech, manchmal auch nur aus Karton. Chaotisch wachsen sie die Barrancos hinauf, unter ihnen gähnt der Abgrund.

„Hier haben mal an die einhundert Familien gelebt“, erzählt mir Pedro Jaramillo. Wir stehen in seiner Gemeinde San Juan de la Cruz im Stadtteil Ampáro und er deutet auf die Abhänge unter uns. Steil geht es dort bergab, mehrere hundert Meter. Nur noch einige zerbröselte Fundamentreste aus Beton zeugen von der einstigen Siedlung, heute leben noch vier Familien hier in kleinen Häuschen aus rohem Backstein, in den Fensteröffnungen flattern Plastikplanen. Schmale Treppenstiegen führen hinab zu der Siedlung, der die Bewohner den Namen „Santo Hermano Pedro“ gegeben haben. Wenige hundert Meter weiter stehen die „Villas de la Esperanza“ – der Name könnte unpassender nicht sein – die „Häuser der Hoffnung“ – direkt neben einer

illegalen Müllkippe. Beißender Qualm aus dem brennenden Dreck zieht zu ihnen hinüber, direkt in die kleinen Hütten hinein. „Hier zu bauen und zu wohnen ist wahnsinnig riskant“, sagt Padre Pedro, „die Wahrscheinlichkeit, dass die Hänge beim nächsten starken Regen noch weiter abrutschen, und mit ihnen die Häuser, ist ziemlich hoch!“

Alternativen gebe es aber keine, die Menschen siedelten in solchen Risikozonen, weil sie sich etwas anderes schlichtweg nicht leisten könnten, erklärt er mir, zu groß sei die Armut: Die meisten Menschen hier leben vom Verkauf einiger Tortillas oder Früchte, mehr als 20 Quetzales am Tag verdienen sie nicht. Das sind umgerechnet zwei Euro.

Und was macht die Regierung? Pedro zögert, so richtig mag ihm nichts einfallen. „Die Regierung beruft sich darauf, dass die Siedlungen illegal sind und hier nicht gebaut werden dürfe. Auf der anderen Seite gewährt sie aber Strom- und Wasseranschlüsse jedem, der zahlt. Das ist doch ein Widerspruch!“, empört er sich. Ab und an gebe es auch staatliche Programme, diese Menschen umzusiedeln. „Die werden dann weit außerhalb der Stadt angesiedelt, wo sie nicht mehr arbeiten können, wo es keine Schulen und keine Infrastruktur gibt“, erklärt er. „Das löst doch nicht das Problem!“

4.2 Zu Fuß durch die „Hochburg der Frauenmorde“

Die ersten Tage in Guatemala sind nicht ganz einfach. Nicht nur, weil im Vorfeld der Reise das Organisieren und Verabreden mit potentiellen Interviewpartnern kaum möglich war. Einen Latino per Email anzufragen, ob er rund fünf Wochen später an einem bestimmten Tag zu einer bestimmten Uhrzeit für ein Gespräch zur Verfügung stünde, ist mir schlichtweg nicht gelungen. Und auch die Sicherheitslage hat mir Kopfzerbrechen bereitet, so sehr, dass ich mehrfach darüber nachgedacht hatte, die Reise abzusagen. Durchschnittlich sterben in Guatemala jeden Tag 17 Menschen gewaltsam. Mit mehr als 50 Morden je 100.000 Einwohner gehört Guatemala mittlerweile zu den gewalttätigsten Ländern Lateinamerikas.

Mir einer Mischung aus Beklommenheit und Verfolgungswahn bewege ich mich daher die ersten Tage durch Guatemalas Straßen. Zu Fuß, denn vor den Taxifahrern hat man mich gewarnt, eine Metro gibt es nicht und Busfahrer werden überdurchschnittlich oft unterwegs ermordet. In meinen ältesten Kleidern bin ich unterwegs, nur einige Quetzales in der Hosentasche, um ja nicht den Eindruck zu erwecken, ein Überfall könne sich finanziell lohnen. Alle fünf Minuten fingere ich an meiner Kamera in der Tasche, um zu überprüfen, ob sie noch da ist. Manchmal wechsle ich die Straßenseite, wenn jemand hinter mir her zu laufen scheint. Um sechs bin ich brav zu Hause bei

den Schwestern, wie sie es mir geraten haben. Das klingt paranoid, entbehrt aber nicht einer gewissen Berechtigung.

Tagtäglich machen guatemaltekische Tageszeitungen mit großformatigen Fotos von Mordopfern auf: Makroaufnahmen von Enthaupteten und detaillierte Fotostrecken über verbrannte oder verstümmelte Leichen, die die brutalen Verbrechen in Guatemala in ihrer ganzen Unappetitlichkeit dokumentieren; stets versehen mit vollem Namen der Opfer, Angehörigen und Beteiligten und – als handele es sich um eine Art Service-Teil – in einer beigegefügt Karte fein säuberlich mit genauen Fund- und Wohnorten eingezeichnet. Kein Tag vergeht ohne solche Meldungen und die Gewaltraten werden im Vorfeld der Wahlen im Herbst 2011 noch weiter ansteigen. Darin sind sich die meisten Guatemalteken, mit denen ich spreche, einig.

Doch der Alltag ist ein ganz anderer: Mit der Zeit fasse ich Vertrauen, denn die Menschen, die mir tagtäglich begegnen sind freundlich, herzlich und hilfsbereit. Sie antworten bereitwillig auf meine Fragen und scheinen sich über mein Interesse zu freuen. Sie sind neugierig und wollen wissen, was ich in Guatemala mache. Sie holen mich ab, wenn es nötig ist und begleiten mich in Stadtviertel, von denen sie glauben, dass es besser sei, nicht alleine dorthin zu gehen. Rückblickend habe ich mich in Guatemala zu keinem Zeitpunkt unsicher gefühlt. Das gefährlichste, was mir persönlich in den sechs Wochen begegnet ist, waren Tacos mit einer ordentlichen Portion Gammelfleisch, die mich mehrere Tage außer Gefecht setzten.

Auch der Kontakt zu Interviewpartnern war vor Ort viel einfacher, als vermutet. Vorbeigehen, klingeln, auch das hat funktioniert, niemals wurde ich abgewiesen. Jeder hatte wertvolle Tipps für mich, irgendjemand hat immer die Handynummer von einem anderen potentiellen Ansprechpartner, irgendwie funktionierte am Ende doch alles. Man darf es nur nicht deutsch durchplanen wollen.

4.3 Die verschwundenen Häuser von San Antonio de las Flores

Trübe und gemächlich gurgelt der Río Las Vacas vor sich hin. Ein Bach, der kaum mehr als einen Meter Breite erreicht. Verdächtig viele Schaumblasen schwimmen auf der Oberfläche der braunen Brühe, doch ansonsten ein harmloses Rinnsal. Bis zum 29. Mai 2010: Damals zog Agatha über Zentralamerika hinweg, auch über den kleinen Ort San Antonio de las Flores, in Chinautla, im Süden der Hauptstadt. Der Wirbelsturm ließ den Fluss um ein Vielfaches anschwellen. Das Flussbett, das sich damals in die Landschaft fraß, ist heute noch zu sehen: Eine gut dreißig Meter breite Geröllschneise,

übersät mit Müll, Plastiktüten, entwurzeltten Bäumen, Teilen von Möbelstücken und Trümmern.

Wir stehen am Ufer und Rigoberta kommen die Tränen: „Da drüben, wo jetzt der entwurzelte Baum liegt, war unsere Küche“, erzählt sie und deutet auf die gegenüberliegende Seite. Wie ein achtlos weg geworfenes Stück Müll steht dort schief inmitten von Geröll und Dreck ein halbes Haus, die andere Hälfte hat der Fluss fort gerissen, an sie erinnern nur noch verbogene Eisenstehlen, die verrostet aus dem Boden empor ragen. Das war das Haus ihrer Eltern, in dem sie ihr ganzes Leben verbracht hat.

„Zwei Tage hat es fast ohne Pause geregnet“, erinnert sich Rigoberta. Schon nachmittags waren sie aufgefordert worden, ihr Haus zu verlassen, doch sie wollte nicht: „Wir sind das gewohnt, dass der Fluss bei Regen schon mal breiter wird“, sagt sie. 48 Jahre ist sie alt, ihr ganzes Leben hat sie hier am Ufer verbracht, aber so etwas hat sie noch nicht erlebt: Nachts schließlich drang das Wasser in ihr Haus ein, bis auf Brusthöhe stieg es an, erinnert sie sich. Der Bruder hat sie schließlich gerettet. Geblieben ist ihr allein die nasse Kleidung am Leib.

Wir überqueren eine provisorische Brücke, die wie eine Strickleiter über den Fluss und das Geröllbecken gespannt ist und mächtig unter unserem Gewicht schaukelt. Die richtige Brücke hat ebenfalls Agatha fort gerissen. Nach dem Wirbelsturm waren die Bewohner des anderen Ufers fast zwei Wochen von der Welt abgeschnitten.

Von Estelas Haus sind noch nicht mal Trümmer übrig geblieben. Die 35-Jährige sitzt auf einem Baumstumpf und schaut konsterniert auf das kleine Fleckchen Land, wo sie und ihre Familie einmal zu acht gelebt haben. „Normalerweise haben wir immer alles aufs Dach geschafft, wenn das Wasser kam“, erinnert sie sich. „Aber dieses Mal brach es so schnell durch Fenster und Türen, dass uns keine Zeit mehr blieb.“ Nachbarn retteten sie, als ihr das Wasser schon bis zu den Schultern ging. Die darauf folgenden Nächte schlief sie im Garten der Nachbarn auf dem nackten Lehmboden. „Man hat uns Kleidung geliehen, ein paar Decken, etwas zu essen, denn wir hatten ja nichts mehr. Keine Schuhe, keine Möbel, noch nicht einmal Teller“, sagt sie und beginnt zu schluchzen.

Die Bilanz von Tropensturm Agatha: 174 Tote und 113 Vermisste. Nach Angaben der CEPAL („Comisión Económica para América Latina“), der UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik, mussten 142.775 Menschen in Notunterkünften untergebracht werden.

Insgesamt 10 Familien haben in San Antonio Flores ihre Häuser verloren. Für sie wurden mittlerweile neue gebaut mit Geldern von Caritas International – aber noch sind nicht alle bewohnbar, denn es fehlen Strom- und Wasseranschlüsse. Die müssen die Bewohner selbst bezahlen, 3.000 Quet-

zales, umgerechnet rund 250 Euro. Ein einfacher Bauarbeiter oder Maurer verdient in Guatemala in einem guten Monat rund 2.000 Quetzales, erzählen mir die Mitarbeiter der Caritas. Wovon Rigoberta und Estella leben, wird nicht klar: Von dem, was man ihnen gebe, drucksen sie herum, von „pequeños negocios“, kleinen Geschäften. Wie sie die 3.000 Quetzales bezahlen sollen, wissen sie nicht.

Doña Veronica hatte mehr Glück, ihr Mann und sie bekamen das Geld zusammen: Stolz zeigt sie mir ihr neues Haus: Drei Zimmer aus nackten Backsteinen, rund 36 Quadratmeter, weit oberhalb des Flussufers, hier sind sie und ihre Familie sicher. Und trotzdem: als es vergangenen Freitag begann, stark zu regnen, war sie wieder da, die Angst: „Früher haben wir darauf vertraut, dass der Fluss in seinem Bett bleibt. Aber die Regenzeit ist unberechenbar geworden, heute sucht sich das Wasser einfach seinen Weg“, sagt Doña Veronica. Trotz des neuen Hauses lebt auch sie mit ihrem Mann und ihren fünf Kindern in bescheidenen Verhältnissen: Ihre jüngste Tochter wünscht sich gerade nichts sehnlicher als eine Puppe – doch den Wunsch kann Doña Veronica ihr nicht erfüllen. Leslie, ihre 17-jährige Tochter will das Dorf verlassen, in die USA. Wann? So schnell wie möglich, schließlich gebe es ja keine andere Chance, voran zu kommen, sagt sie. Ihr Vater arbeite so hart und trotzdem reiche es hinten und vorne nicht. Ob sie denn keine Angst habe? – Sie zuckt mit den Schultern und lächelt verlegen.

5. Was vom ewigen Frühling übrig blieb – Klimawandel in Guatemala

Guatemala rühmt sich, wegen seines Wetters das „Land des ewigen Frühlings“ zu sein. Doch noch am selben Abend gehen sintflutartige Regenfälle über dem Land herunter. Grau, dick und schwer hängen die Wolken über der Hauptstadt, obwohl die Regenzeit erst in einigen Monaten beginnt. Irgendwie sei alles durcheinander geraten, erzählt José Luis Colmenares von der Caritas in Guatemala. 51 Jahre ist er alt und früher, so erinnert er sich, gab es zwar auch Regen- und Trockenzeiten, aber die seien berechenbarer gewesen. „In der Regenzeit schien tagsüber die Sonne, gegen 2 Uhr begann es dann zu regnen und um 4 waren die Wolken wieder verschwunden. Früher waren wir wirklich das Land des ewigen Frühlings!“, sagt er, „niemals gab es diese erschreckenden Überschwemmungen, wie wir sie jetzt mittlerweile fast jedes Jahr erleben!“

Diesen subjektiven Eindruck belegen auch offizielle Zahlen: In Guatemala häufen sich die extremen Wetterereignisse in den vergangenen Jahrzehnten, Dürren, Wirbelstürme und Überschwemmungen wechseln sich in immer schnellerer Folge ab: So wurde beispielsweise noch Mitte des

19. Jahrhunderts kaum mehr als ein Wirbelsturm pro Jahr gezählt. Bereits seit den 1930er Jahren sind es durchschnittlich drei, 1970 waren es sogar fünf. Das geht aus Statistiken des guatemaltekischen Umweltministeriums MARN („Ministerio de Medio Ambiente y Recursos Naturales“) hervor.

Experten machen für die Häufung extremer Wetterereignisse in Guatemala vor allem El Niño verantwortlich – das Wetterphänomen mit dem spanischen Namen des Christkinds. Erstmals wurde dieses Klimaphänomen vor 150 Jahren beschrieben. Es hat seinen Ursprung vor der Westküste Südamerikas, wo die Pazifikzirkulation ins Stocken gerät, die normalerweise kaltes Wasser vor der Westküste Südamerikas aufsteigen und warmes Oberflächenwasser vor Südostasien absinken lässt. Doch immer häufiger ist das Gegenteil der Fall: kaltes Wasser vor südostasiatischen Küsten und überdurchschnittlich warmes Oberflächenwasser vor Mittel- und Südamerikas Westküste. Das kühle und nährstoffreiche Wasser des Humboldtstroms, das normalerweise vor der Westküste Südamerikas aufsteigt und die dortigen Fischeschwärme ernährt, bleibt dann aus. Die Fischer haben das Phänomen „El Niño“ getauft, weil es stets um die Weihnachtszeit auftritt. Doch es hat nicht nur Auswirkungen auf die Fischeschwärme, es bringt auch starke Regenfälle an den Westküsten des amerikanischen Kontinents mit sich, begünstigt die Bildung von Wirbelstürmen und provoziert anderorten extreme Dürren, wie im Norden und Osten Guatemalas, wo die Böden immer weiter austrocknen.

Wie genau El Niño entsteht, ist noch ungeklärt. Ausschließlich vom Menschen verursacht ist das Phänomen nicht. Doch gibt es immer mehr Belege dafür, dass der Treibhauseffekt Häufigkeit und Heftigkeit von El Niño steigert. Edwin Castellanos, der Direktor des Zentrums für Umweltforschung an der Universität del Valle in Guatemala, ist sich sicher: „Die Wettereskapaden in unserem Land sind eindeutige Hinweise auf den Klimawandel, obwohl Guatemalas Beitrag zur weltweiten Produktion schädlicher Klimagase minimal ist!“ Er hat berechnet, dass die Guatemalteken durchschnittlich eine Tonne Kohlendioxid pro Kopf und Jahr verursachen. Dem stehen 20,60 Tonnen in den USA gegenüber.

Auf der anderen Seite seien es aber ausgerechnet die USA und andere Industrienationen, also die Hauptverursacher, die über finanzielle und technologische Mittel verfügen, um sich vor den Folgen des Klimawandels zu schützen, empört sich der Klimaexperte. Guatemala hingegen, wo große Teile der Bevölkerung in extremer Armut leben, hat diese Möglichkeiten kaum. Im Entwicklungsindex der Vereinten Nationen, der Faktoren wie Pro-Kopf-Einkommen, Lebenserwartung und Bildungsgrad berücksichtigt, belegte Guatemala im Jahr 2010 von insgesamt 169 Ländern Platz 116. Innerhalb Lateinamerikas ist damit die Situation nur in Haiti noch schlechter.

„Und weil die Armut so groß ist, sind die relativen Effekte der extremen Wetterereignisse jedes Mal so schlimm“, erklärt José Luis Colmenares von der Caritas. Er hat die Folgen tagtäglich in den Projekten wie in San Antonio de las Flores vor Augen, wo die windschiefen Hütten dem Regen und dem anschwellenden Fluss nichts entgegen zu setzen haben. Die Klimaforschung umschreibt das, was der Caritas-Experte in der Praxis beobachtet, mit dem Konzept der „Vulnerabilität“, der „Verwundbarkeit“ eines Staates oder einer Region, die neben natürlichen Risikofaktoren auch gesellschaftliche und ökonomische Anpassungsmöglichkeiten berücksichtigt.

Allein aufgrund seiner geografischen Lage ist Guatemala eine Risikozone, weil es sowohl von atlantischen als auch von pazifischen Wirbeltürmen getroffen werden kann. Zudem liegt das Land über drei tektonischen Platten, jeden Tag registrieren Seismologen kleinere Beben, das Risiko von Erdbeben und Vulkanausbrüchen ist groß.

Auf der anderen Seite ist die Anpassungsfähigkeit an die immer extremer werdenden Wetterereignisse, wie sie die Meteorologen nachgewiesen haben, gering: Die Wirtschaft ist überwiegend agrarisch geprägt, Überschwemmungen, Wirbelstürme und Dürren haben direkten Einfluss auf die Nahrungsversorgung im ganzen Land. Allein Wirbelsturm Agatha sorgte 2010 nach Angaben der Umweltbehörde MARN für einen Rückgang des Brutto sozialproduktes um 2,6 Prozent. Auch individuelle Vorsorgemaßnahmen sind kaum möglich, denn 50 Prozent der Guatemalteken leben in Armut, 15 Prozent in extremer Armut. Das Pro-Kopf-Einkommen liegt bei rund 2.600 US-Dollar im Jahr.

Hurrikan Stan hat 2005 diese Verwundbarkeit noch deutlicher gemacht: Insgesamt waren 3,5 Millionen Menschen betroffen, das sind 31 Prozent der Bevölkerung. Sechs Prozent der medizinischen Infrastruktur wurden zerstört, eine Million Menschen hatten keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser mehr. Die Ausfuhr der Hauptexportprodukte ging zurück: Kaffee (3,3 Prozent), Zuckerrohr (2,5 Prozent) und Bananen (2,3 Prozent). Der UN-Report zur Risikoreduzierung von Naturkatastrophen („Global assessment report on disaster risk reduction“) aus dem Jahr 2009 zählte Guatemala zu den zehn verwundbarsten Staaten weltweit. Und obschon global gesehen in Entwicklungsländern „nur“ elf Prozent der Weltbevölkerung Naturgefahren ausgesetzt sind, wurden dort gleichzeitig über 50 Prozent der Todesfälle verzeichnet.

Damit sind Entwicklungsländer hinsichtlich der Opferzahlen disproportional stark von Naturkatastrophen betroffen: Zahlen, die die These von José Luis Colmenares und Edwin Castellanos stützen, dass insbesondere in den relativen Auswirkungen ärmere Länder sehr viel stärker betroffen sind, obwohl sie in der Regel am wenigsten zu den Ursachen des Klimawandels beigetragen haben.

Und wie reagiert die guatemalteckische Politik? „Die Regierung behauptet, etwas zu unternehmen“, sagt Colmenares. Tatsächlich wurden zahlreiche Kommissionen, Fonds, Gesetzesvorlagen und Pläne zur Umwelterziehung in Schulen auf den Weg gebracht, doch einen Erfolg kann der Caritas-Experte bis heute nicht erkennen: „Wir machen immer nur Katastrophenmanagement, aber eine richtige Prävention gibt es nicht.“

6. 15 Jahre nach dem Friedensvertrag: Rückkehr in die Vergangenheit?

Der 25. Februar ist in Guatemala der „Día de las víctimas del Conflicto Armado“ – der „Tag der Opfer des Bewaffneten Konfliktes“. Eher zufällig gerate ich, während ich durch das Zentrum schlendere, in eine Kundgebung vor dem Nationalpalast: Tausende Indígenas haben sich dort in ihren bunten Trachten versammelt, es wird gesungen, geschrien, geschnattert, im Hintergrund klöppeln Musiker auf das guatemalteckische Traditionsinstrument, die Marimba, ein. Verkäufer preisen laut ihre Waren an, es riecht nach Gegrilltem, überall hantieren Indígena-Frauen über kleinen Kohleöfen, während immer mehr Menschen auf den zentralen Platz drängen.

Doch mit bunten Volksszenen hat das wenig zu tun: 15 Jahre ist es jetzt her, dass am 29. Dezember 1996 mit dem Friedensvertrag in Guatemala einer der längsten und blutigsten Bürgerkriege der lateinamerikanischen Gegenwart beendet wurde. 36 Jahre lang hatten sich ein militarisierter Staat und eine revolutionäre Guerilla erbittert bekämpft, ein Konflikt, der mehr als 200.000 Todesopfer forderte. Der Frieden gab Hoffnung auf umfassende politische, soziale und wirtschaftliche Reformen und Achtung der Menschenrechte.

Doch wenig hat sich davon bis heute getan, ihrem Unmut und ihrer Trauer machen die Menschen an diesem Vormittag im Parque Central Luft: Ein Ende der Diskriminierung und der Gewalt fordern sie auf Transparenten, die sie in die Höhe Richtung Präsidentenpalast recken. Viele tragen Holzkreuze vor sich her: „Rufina Blanco“, steht auf einem, „1961-1981“. Auf manchen sind so viele Namen geschrieben, dass sie nur schwerlich zu entziffern sind. Mahnmale. Menschen, die seit 20 Jahren auf Aufklärung über den Tod ihrer Liebsten warten. Oder auf ein Lebenszeichen derer, die spurlos verschwanden. 626 Massaker, 45.000 Verschwundene, 1,5 Millionen Flüchtlinge und Deportierte, zehntausendfache Gewalt und systematische Vergewaltigungen, gerichtet primär gegen die Maya-Bevölkerung des Landes. Das ist die Bilanz des guatemalteckischen Bürgerkriegs. Diese Verbrechen soll eine Wahrheitskommission, die „Comisión para el Esclarecimiento“ aufklären.

Doch die Behörden zeigten bislang wenig Kooperationsbereitschaft, die Familienangehörigen würden oftmals unter Druck gesetzt, beklagt Nery Rodenas, der Leiter des Menschenrechtsbüros der Erzdiözese Guatemala-Stadt ODHAG („Oficina de Derechos Humanos del Arzobispado de Guatemala“). Rodenas ist ein viel beschäftigter Mann. Als ich endlich einen Termin bei ihm bekomme, kommt gerade ein mexikanisches Fernseheteam aus seinem Büro. Immer wieder muss er in- und ausländischen Journalistenteams Interviews geben. Die Gewalt ist offenbar das einzige Thema, das die Medien interessiert – er soll es ihnen erklären.

Etwas genervt empfängt mich der Mann mit dem ernsten Blick und den etwas molligen Wangen in seinem Büro direkt hinter der Kathedrale. Der Mann hat schon viel miterlebt. Er war an den Ermittlungen im Mord an Bischof Juan Gerardi 1998 beteiligt. Gerardi war Weihbischof von Guatemala-Stadt und einer der bekanntesten Kämpfer für die Menschenrechte im Land. Wenige Tage vor seinem Tod hatte er einen Bericht vorgelegt, der die massiven Menschenrechtsverbrechen während des Bürgerkrieges dokumentierte. Aufgeklärt wurde die Tat bis heute nicht, dass es sich um ein politisches Verbrechen handelte, wurde von offizieller Seite aus stets geleugnet. Bis heute erhalten Rodenas und andere, die sich in Guatemala für die Menschenrechte und für Aufklärung engagieren, Morddrohungen.

15 Jahre nach Ende des Bürgerkrieges fällt seine Bilanz schlecht aus: „Natürlich gibt es keine politische Gewalt mehr. Keine systematische Verfolgung und Ermordung und kein Verschwindenlassen von Personen“, sagt er. „Aber die Gründe, die zum Bürgerkrieg geführt haben, sind nach wie vor da.“ Immer noch ist der Reichtum in Besitz von zehn Prozent der Bevölkerung. Immer noch ist die indigene Bevölkerung strukturell benachteiligt. „Es kann keine Versöhnung geben, so lange es keine Gerechtigkeit gibt“, sagt er. Doch nur wenige Fälle von Menschenrechtsverletzungen gingen bislang vor Gericht: Im August 2009 wurde Felipe Cusanero Coj, ehemaliger Militärbeauftragter in Guatemala, zu insgesamt 150 Jahren Gefängnis verurteilt. Cusanero ist der erste Guatemalteke überhaupt, der für das Verbrechen des gewaltsamen Verschwindenlassens büßen muss. Im Dezember 2009 wurden die Militärs Marco Antonio Sánchez Samayoa, sowie Salomón Maldonado Ríos, José Domingo Ríos Martínez und Gabriel Álvarez Ramos zu 53 Jahren Haft für das Verschwindenlassen von acht Menschen verurteilt.

Doch das sind Einzelfälle. Immer noch. Es gebe Vernetzungen und Seilschaften bis in die höchsten politischen Kreise, die dazu führten, dass die Verantwortlichen von damals nicht bestraft würden, sagt Nery Rodenas. Bestes Beispiel ist General Efraín Ríos Montt, der sich 1982 an die Macht putschte und in den ersten sechzehn Monaten seiner Amtszeit laut Guatemaltekenischen Menschenrechtsgruppen 15.000 politische Morde zu verant-

worten hat. „Gegen ihn liegt zwar ein internationaler Haftbefehl vor, jedoch genießt er diplomatische Immunität, weil er im Kongress sitzt und deswegen nicht zur Rechenschaft gezogen werden kann“, erklärt Rodenas. „Die Opfer bekommen kein Recht und die Täter sind immer noch in führenden Positionen in diesem Land! Das ist eine Verhöhnung der Opfer!“

Erst vor einigen Jahren hatte man mehr oder weniger zufällig das Militärrarchiv wieder gefunden, in dem zehntausende Akten über die Zeit des Bürgerkrieges lagern. Mit der Aufklärung beauftragt wurde die „Comision de Desclasificación“, so etwas wie eine guatemaltekische „Birthler-Behörde“: Im Dezember 2010 gab diese bekannt, dass die Dokumente aus der Zeit von 1980 bis 1985 auf wundersame Weise verschwunden sind. Das betrifft die Amtszeiten der Regierungen unter Romeo Lucas García, Efraín Ríos Montt und Oscar Mejía Victores. Jahre, in denen die meisten Morde und Menschenrechtsverletzungen begangen wurden.

Im Herbst 2011 stehen in Guatemala Präsidentschaftswahlen an. „Das sind in der Regel Seilschaften von Freunden und Unternehmern, die nur den eigenen Vorteil und den ihrer Verbündeten suchen. Um das Wohlergehen des Volkes oder Beteiligung geht es dabei nicht“, sagt Rodenas. Erneut – wie schon 2007 – bewirbt sich um das Amt des Präsidenten Otto Pérez Molina von der Patriotischen Partei („Partido Patriota, PP“). Sein zentrales Wahlversprechen ist der verstärkte Einsatz von Armee und Polizei im Kampf gegen die Kriminalität im Land. Auch will er die Todesstrafe wieder einführen. Im Bürgerkrieg befahl Pérez Molina Soldaten in Ixil, Quiché, einer Region, in der besonders viele Menschen getötet wurden, später war er Chef des Geheimdienstes. Und doch kommt er in Umfragen vom Februar 2011 auf über 40 Prozent der Stimmen. Wer wählt solche Politiker? „Viele Menschen in Guatemala haben kein Geschichtsbewusstsein“, erklärt Rodenas. „Viele sehen zum Beispiel in Efraín Ríos Montt nur den Führer, der das Land vom Kommunismus befreite. Und Politiker wie Pérez Molina kündigen im Wahlkampf eine Politik der Harten Hand an, das erscheint vielen das probate Mittel gegen die Gewalt und Unsicherheit hier in Guatemala.“

In Guatemala herrscht faktische Straffreiheit. Weniger als zwei Prozent der Straftaten werden aufgeklärt und die Täter zur Rechenschaft gezogen. Oftmals wird ein Krimineller gefasst, zur Polizei gebracht und am nächsten Tag frei gelassen, weil sich keiner um den Fall gekümmert hat. Die Kriminellen kehren in ihre Region zurück und nehmen Rache an jenen, die sie für die Verräter halten. Immer häufiger kommt es infolge dessen zu Fällen von Lynch-Justiz. „Die Lynch-Justiz hat ihren Ursprung aus dem Bürgerkrieg in Guatemala“, erklärt Rodenas. „Damals zwangen die Militärs die Bevölkerung, Verdächtige und Rebellen zu lynchen, damit ihre Städte und Dörfer nicht verwüstet wurden. Heute lassen Drogenbarone und Verbrecher ihre

Gegner lynchen, um ihre Herrschaftsansprüche durchzusetzen.“ Die Geschichte lehrt die Guatemalteken offenbar vor allem eins: Dass Gewalt und Selbstbereicherung sich lohnen. Und dass die Wahrscheinlichkeit, bestraft zu werden, gering ist.

6.1 Guatemala, der „failed state“ oder: Wer interessiert sich schon für Umweltschutz?

Guatemala ist das, was Politikwissenschaftler und Journalisten gerne einen „failed state“ nennen: Regierung, Polizei und Streitkräfte sind bis in die höchsten Kreise in Drogenhandel und Korruption verstrickt, Armut und Gewalt nehmen zu. In kaum einem anderen Land Lateinamerikas ist die Schere zwischen Arm und Reich so groß wie in Guatemala. Der Anteil der Bevölkerung, die in Armut lebt, schwankt in Guatemala je nach Messung zwischen 60 und 75 Prozent.

Der guatemalteckische Staat ist stark geprägt von Menschenrechtsverletzungen, hoher Gewaltbereitschaft, Straflosigkeit, Selbstjustiz und Korruption. Erst im Oktober 2009 wies Guatemala nach einem Bericht des „United Nations Development Programme“ (UNDP) eine der höchsten Tötungsraten weltweit auf, die Zahlen der Morde sind allein zwischen 2001 und 2005 um 60 Prozent angestiegen: Zahlen, die selbst Anders Kompass, den ehemaligen UN-Menschenrechtskommissar in Guatemala, resigniert sagen ließen: „Guatemala ist ein gescheiterter, kollabierter Staat!“

Dass unter solchen Bedingungen dem Thema „Klimaschutz“ und Katastrophenprävention nachrangige Bedeutung eingeräumt wird, ist ebenso nachvollziehbar wie kurzsichtig: Vom Klimawandel und seinen Auswirkungen sind vor allem jene Staaten betroffen, deren politisches System instabil ist und die über keine Anpassungsfähigkeit im Sinne von ökonomischen und infrastrukturellen Möglichkeiten zur Abschwächung von Klimaphänomenen verfügen. Vor allem jene Menschen sind den negativen Folgen von Klimaveränderungen ausgesetzt, die ohnehin aufgrund schlechter Gesundheitsversorgung, sozioökonomischer Probleme oder sozialer und ethnischer Spannungen über schlechtere Lebensbedingungen verfügen, als Staaten mit intakten staatlichen Strukturen.

Kurzsichtig ist es, weil die Wirkungen von Katastrophen durch interne Fehlentwicklungen verstärkt werden: So sind gerade Guatemalas Bergregionen besonders anfällig extremen Naturereignissen gegenüber aufgrund von unsachgemäßer Bewirtschaftung an steilen Hanglagen, was Schlawenlawinen, Hangrutschungen und Überschwemmungen zur Folge hat. Wenn also der Staat nicht angemessen reagieren kann oder will, führt dies not-

wendigerweise auch zu gesellschaftlichen und politischen Spannungen, weil die Schere zwischen arm und reich noch größer wird oder es zu Verdrängungsmechanismen kommt, wenn Menschen etwa ihr Land verlassen müssen, weil es unbewohnbar wird.

In Anbetracht dessen, dass ein Grossteil der Bevölkerung in Guatemala immer noch Subsistenzwirtschaft betreibt, bergen solche Szenarien auch politischen Sprengstoff: Fragen der Ernährungssicherheit und der Wasserversorgung werden immer wichtiger, Flüchtlingsbewegungen haben Folgen für die innere Sicherheit, wenn Abwanderungen und Verdrängungsprozesse einsetzen, Menschen sich in den Randgebieten der Städte ansiedeln, Arbeitslosigkeit und Armut wachsen oder Betroffene sich für die gefährliche Flucht Richtung USA entscheiden.

Somit bedingen sich auch die politischen Strukturen, die Sicherheitslage und die Folgen extremer Wetterereignisse gegenseitig: „Es gibt ein Sprichwort, das besagt: ‚Ein unruhiger Fluss sorgt für den Gewinn der Fischer‘“, sagt der Menschenrechtler Nery Rodenas. „In unserem Fall heißt das: Während der Staat seine Kräfte darauf konzentrieren muss, das Land wieder aufzubauen, geraten andere Problemfelder aus dem Blick, etwa der Kampf gegen das organisierte Verbrechen wie den Drogenhandel. Die Drogenbanden profitieren von den Naturkatastrophen.“

7. „Yo manejo, Dios me guía“: Unterwegs in Guatemala

Busfahrten in Guatemala lehren selbst den Ungläubigen das Beten. Oder zumindest das Fürchten. Ich sitze in einer quietschbunt angemalten *Camioneta*, einer dieser ausgedienten Blechdosen, Typ US-Schulbus aus den 1950er Jahren, umnebelt von einer schwarzen Rußwolke, die durch das nicht verschließbare Busfenster von der Straße herein zieht. Neben mich hat sich eine stillende Frau auf die schmale Sitzbank gequetscht, alle zehn Meter hält der Bus, um neue Fahrgäste mitzunehmen, jeder scheint mit seinem gesamten Hausrat zu reisen. Feste Haltestellen gibt es nicht. Eine Kapazitätsgrenze des Busses offenbar auch nicht. Jeder, der zahlt, fährt mit. Im Gepäcknetz über uns schunkeln und hopsen Taschen, Pakete, Möbelstücke und Zwiebelsäcke. Dazwischen sitzt ein Huhn, gut verschnürt, und lugt aus seiner Verpackung heraus argwöhnisch von oben auf mich herab.

Aus den Lautsprechern dröhnt ohrenbetäubende *Ranchera*-Musik, die verhindert, dass die Fahrgäste eindösen. Sie wird nur noch überboten vom Geschrei der Verkäufer: Alle Nase lang steigt einer von ihnen ein und preist lauthals die Vorzüge seiner Kugelschreiber, Notizblöcke, Aufzieh-

püppchen, Tortillas oder Waschlappen an. Heute im Sonderangebot: Nur drei Quetzales.

Was zu Beginn der Fahrt an Gemächlichkeit kaum zu überbieten ist, nimmt, kaum hat der Bus die letzten Häuser der Hauptstadt hinter sich gelassen, ordentlich an Fahrt auf: Mit Tempo 130 röhren wir die Straße entlang, eine krümelige Asphaltdecke mit einer Spur für jede Richtung, mächtig ausgefransten Seitenrändern und Schlaglöchern, so groß wie Krater. Also hält sich der Busfahrer scharf in der Mitte – und beweist auch in den zahlreichen Haarnadelkurven Drahtseilnerven. Überholmanöver geraten laut hupend zu einer Frage der Ehre. Die Passagiermasse, die sitzt, steht, hockt oder sich irgendwohin quetscht, wogt bei jeder rasanten Wendung in eine Richtung. Vier Stunden geht das so.

Draußen, am Fenster fliegen Felder und Steilhänge übersät mit Müll an uns vorbei. Tüten, Bettgestelle, Matratzen, Kloschüsseln, Unrat: alles Unbrauchbare wird in diesem Land offenbar einfach irgendwo hin gekippt. Mein Mitreisender vor mir hat gerade seine Coladose geleert: Fenster auf, raus damit! Ein Umweltbewusstsein scheint es hier offensichtlich nicht zu geben. Allein in der Hauptstadt soll es über 400 illegale Müllhalden geben und das Plastik- und Wegwerfzeitalter hat hier gerade erst angefangen. In jedem Supermarkt, an jedem Marktstand, jeder noch so kleine Einkauf wird in Plastiktüten eingepackt.

An Umweltschutz denkt hier gerade definitiv keiner. In jedem Dorf, in dem wir halten, hofft die gesamte Passagiermasse inständig, dass doch endlich jemand aussteigen möge, doch niemand tut uns den Gefallen. Stattdessen steht draußen der Ayudante, der Helfer des Busfahrers, und blökt: „Nach Chichiiiiiiiiiiii! Einsteigen!! Es sind noch Plätze frei!!! Bitte nach hinten durchrücken!!!!“

Wo er in diesem Bus noch ein Plätzchen entdeckt haben will, ist mir ein Rätsel, trotzdem schieben sich noch fünf weitere Fahrgäste in das Gefährt. Mittlerweile habe ich ein Kind auf dem Schoß sitzen, das die Mutter dort zwischenzeitlich geparkt hat, während sie ihr zweites neben mir auf dem Schoß wickelt. Links von mir ist ein zahnloser älterer Herr eingedöst, sein Kopf ist an meine Schulter gesunken.

Irgendwie kommen wir in Chichicastenango an. Mir ist flau im Magen und sämtliche Körperteile sind eingeschlafen. Meine Mitfahrer lassen die Umstände dieser Reise gänzlich unbeeindruckt. Das Huhn und sein Besitzer sind schon im letzten Dorf ausgestiegen. Über dem Platz des Busfahrers hängt, neben allerlei anderen Devotionalien, ein Aufkleber mit dem Schriftzug: „Yo manejo, Dios me guía“ – „Ich fahre, Gott leitet mich“. Falls das so sein sollte, hatte Gott heute offenbar Anderes zu tun. Oder sehr viel Sinn für Humor.

8. Doch nur das Ende der Welt?

Die Maya haben eine ganz einfache Erklärung für die Überschwemmungen, Wirbelstürme und Dürreperioden, die in diesen Jahren ihr Land heimsuchen: Ihrer Überlieferung zufolge sind sie Vorboten einer neuen Zeitrechnung, denn nach dem Maya-Kalender endet diese am 23. Dezember 2012. Dann geht die Welt unter. Oder zumindest beginnt eine neue Zeit.

Ich bin in Chichicastenango, einem Ort in El Quiché, dem Hochland Guatemalas. Hier leben die Quiché, die größte ethnische Gruppe der Maya, viele von ihnen zurückgezogen in den Bergen, verbunden mit ihren alten Traditionen. Chichicastenango gilt als Ort der Schamanen und Mythen. Dagegen konnten schon die spanischen Missionare wenig ausrichten. Zwar erbauten sie 1540, kurz nach der Eroberung, eine Kirche auf den Ruinen eines alten Mayatempels. Doch bis heute ist nicht ganz klar, wen die Indígenas eigentlich wirklich meinen, wenn sie in der Kirche Santo Tomás vor den Heiligenfiguren auf dem Boden kauern und beten.

Der Boden der kleinen Kirche ist übersät mit Tannennadeln und Blüten, die die Frauen als Opfergaben verstreut haben. Die Wände des Seitenschiffs sind geschwärzt vom Weihrauch und Ruß der Kerzen. In der vernebelten Luft liegt der Geruch von verbranntem Kopalharz. Auf dem Boden sitzen Frauen und murmeln Gebete auf Quiché. Draußen auf den Stufen raucht und qualmt es ebenfalls, auf einem Altar werden, wie in der Zeit vor den Spaniern, Opfergaben verbrannt: Weihrauch, Zucker, Schokolade, Blüten oder Brot, um die Götter zu besänftigen.

Die Maya haben zwei Religionen, ihre eigene und den katholischen Glauben, dieser Synkretismus sei normal, erzählt mir Tomás, ein Fremdenführer. Er deutet auf ein Taufbecken, direkt nebenan steht ein kleiner Altar: Hier führen spirituelle Führer Zeremonien mit Kindern durch, erzählt er, um deren Zukunft zu bestimmen, ob aus ihnen nun Schamanen, Bauern oder Händler werden sollen. Jede Blüte und jede Opfergabe hat ihre eigene Bedeutung. Weiße Kerzen sollen die Kinder schützen, gelbe Blumen die Frauen. Und dieser Altar sei für den Schutz der Welt, erklärt mir Tomás und deutet auf eine in den Boden eingelassene Steinplatte. Der ist in letzter Zeit oft in Gebrauch: Denn auch Chichicastenango ist immer häufiger von Überschwemmungen betroffen. Ob das eine Folge des Klimawandels ist oder nicht, vermögen die Maya nicht zu sagen, für sie ist jedoch klar: Die Hurrikane, die Überschwemmungen, die Trockenheiten und der Vulkanausbruch wurden schon von ihren Vorfahren seit tausenden Jahren vorausgesagt.

Schon vor Ankunft der Spanier hatten die Maya einen Kalender, der in seiner Genauigkeit unserem von heute entspricht. Anders als wir haben sie jedoch keine lineare Zeitvorstellung, sondern sie gehen davon aus, dass al-

les wiederkehrt und das Leben der Gesellschaft und des Einzelnen in verschiedenen Zyklen verläuft. Tomás erklärt mir ein kompliziertes System des Ritual- und Zeremonialkalenders, Einteilungen in Sonnenjahre, Ruhe- und Übergangstage. Demnach leben wir derzeit in der vierten Periode seit der Schöpfung der Welt, die mit der Geburt der Urmutter und des Urvaters und dem Beginn der Zeitrechnung der Maya am 11. August 3114 vor Christus begann. Diese Periode soll am 23. Dezember 2012 zu Ende sein. „Viele glauben, dass dann das Ende der Welt anbricht“, erzählt mir Tomás, „und dass die Naturkatastrophen die Vorboten sind“. Darum brauche es derzeit viele neue Opfergaben, um die Götter zu besänftigen.

Draußen vor der Kirche bauen Indígenas ihre Marktstände auf: Dicht an dicht reihen sich hier die mit Plastikplanen überdachten Stände. Die Regalböden biegen sich unter dem Angebot an bunten Decken, Tüchern, Stoffen, Huipiles, die traditionell bestickten Hemden der Frauen, Masken, Gürteln, Säften, Fleisch oder Hühnerfüßen.

Manchmal treibt die Mystik skurrile Blüten: Ein Stand bietet neben allerlei fremd riechenden Kräutern gegen jegliche Unpässlichkeit des Lebens – von der verschmähten Liebe bis zur Arbeitslosigkeit – auch wunderliche Heilwässerchen an: „Atrapa Cliente“, steht auf einem: Ein paar Tropfen davon ins Ladenlokal geträufelt und der Verkäufer, so heißt es auf dem Beipackzettel, könne sich vor Kunden kaum noch retten. Andere Fläschchen versprechen Ruhm, Reichtum und Schönheit. „Abre Caminos“ macht den Weg frei, entfernt jegliche Hindernisse im Leben und löst sogar Verkehrsstaus in Luft auf. Und das nur für fünf Quetzales. Ein verlockendes Angebot.

Am darauf folgenden Tag ist es mit der Mystik gänzlich vorbei. Denn sonntags kommen die Indígenas aus den umliegenden Bergen nach Chichicastenango, um dort ihre Waren zu verkaufen. Mittlerweile ist dieser Markt in jedem Reiseführer als ein Muss für Guatemalareisende ausgezeichnet. Aus Reisebussen ergießen sich Ströme hochgewachsener, hellhäutiger Menschen mit prallen Rucksäcken und Kameras vor der Brust baumelnd. Ich kaufe Geschenke für meine Familie und Freunde in Deutschland, dann steige ich wieder in den Hühnerbus und wir rumpeln durchs Hochland.

9. Atitlán-See: Gelbe Pampe im Paradies

Am Atitlán-See ließen sich schon Alexander von Humboldt, Che Guevara, Klaus Kinski und Aldous Huxley dazu hinreißen, ihn in ihrer Verzückung den „schönsten See der Welt“ zu nennen. Das war, bevor er den Beinamen „Gringocastenango“ erhielt, weil er zum Mekka für amerikanische Rucksacktouristen und europäische Aussteiger wurde, die sich heute alle in

der einen, zentralen Calle Santander tummeln und dort ihren Lebensunterhalt mit selbst geflochtenen Armbändchen bestreiten oder vegane Tacobuden eröffnet haben.

Doch früh am Morgen ist von ihnen noch nichts zu sehen: Halb sieben, kurz nach Sonnenaufgang liegt vor mir der See spiegelglatt in seinem tiefen Blau. Auf der gegenüberliegenden Seite erheben sich mächtig die drei Vulkane San Pedro, Tolimán und Atitlán in der noch klaren und reinen Luft, am Ufer reihen sich Maya-Dörfer auf, die Heimat der Tzutuhil- und Cakchiquel-Indianer. Die ersten Händler am Ufer klappen ihre Marktstände mit bunten Taschen, Süßwaren und Obst aus, erst langsam erwacht die Betriebssamkeit am See. Aus der Ferne ist das Stottern eines Motorbootes zu hören, das die Menschen aus den umliegenden Dörfern nach Panajachel zum Arbeiten bringt. Irgendwie hatten Humboldt und die anderen prominenten Besucher Recht, der See ist wirklich einer der schönsten Orte, die ich je gesehen habe, dem tun auch Touristenhorden (noch) keinen Abbruch.

Weiter als in die Calle Santander kommen sowieso die wenigsten Reisenden, kaum einer weiß von der nur wenige Gehminuten entfernten Geröllschneise, die das Dorf Panajachel quasi in zwei Hälften teilt: Grau und staubig klafft sie dort, wie eine 50 Meter breite Wunde. Ich kletterte hinunter in das Flussbett, wo scheinbar klein und harmlos der Río Panajachel vor sich hin plätschert. An manchen Stellen erreicht er kaum mehr als einen Meter Breite. Doch im Mai 2010, bei Agatha, war das anders, da muss er um ein zigfaches angeschwollen sein und Häuser und Bäume mit sich gerissen haben – die Trümmer hängen bis heute wie kaputtes Spielzeug an den Hängen.

Hier unten im Flussbett stinkt es erbärmlich nach Faulgasen und Unrat, an einigen Biegungen staut sich der Río Panajachel zu einer gelben, zähflüssigen Pampe. Denn bereits 2005 riss Hurrikan Stan die Kläranlage des größten Ortes am See einfach weg. Seitdem fließen die Abwässer wieder ungeklärt in den Atitlán-See. Hinzu kommen Unmengen an Müll und Chemikalien, Düngemittel und Pflanzenschutz von den Feldern – und besonders wohl fühlen sich in dieser Suppe Blaualgen. Diese wachsen in Zyklen, erklärt man mir: Ich habe Glück, derzeit sind sie nicht sichtbar, wenn sie jedoch wieder gewachsen sind, so erzählt ein Bewohner, sehe das Wasser des Sees aus „wie Brokkoli-Suppe“.

Die Umweltstiftung Global Nature Fund hat wegen der Verunreinigungen den Lago Atitlán im Jahr 2009 zum „Bedrohten See des Jahres“ erklärt, weil zeitweise 75 Prozent der Seeoberfläche, vor allem in Buchten, Uferabschnitten und in der Nähe größerer Siedlungen von einem Algenteppich bedeckt waren. Als einer der größten und wichtigsten Frischwasserspeicher in Zentralamerika ist der See lebensnotwendig für die Menschen, die an seinen Ufern wohnen: Sie leben zum größten Teil vom Ackerbau für den Eigenbe-

darf, hier werden die Grundnahrungsmittel wie Getreide, Mais und Bohnen angebaut. Mit der Verschmutzung ist auch die Verbreitung von chronischen Durchfall- und Darmerkrankungen gestiegen.

Seit den 1950er Jahren gehe es hier mit der Umwelt und der Wasserqualität abwärts, sagt Hans-Jürgen Katt mit einer Mischung aus Empörung und Resignation. Bis vor kurzem war er deutscher Honorarkonsul in Guatemala. Weil jedoch Bürokratie und die verschlungenen Pfade der Hierarchien im Auswärtigen Amt nicht seine waren, beschloss er, sich wieder seinen eigentlichen Leidenschaften zu widmen: Der Atitlán-Stiftung, die seine Frau und er gemeinsam mit Freunden aus Würzburg ins Leben gerufen haben und mit der sie lokale Bildungsprojekte fördern. Und seinem Leben als Kneipier und Gastwirt.

Ich versuche mein Glück, indem ich einfach bei seinem Restaurant vorbei gehe, schließlich ist in Panajachel alles fußläufig. Das „Casablanca“ ist ein gediegenes Restaurant am Ende der zentralen Calle Santander, die Tische sind voll, der Laden brummt. Hier gehen die Besucher essen, die ihren Lebensunterhalt nicht mit dem Verkaufen von Armbändchen am Seeufer bestreiten.

Hans-Jürgen Katt ist ein bisschen überrascht ob meines überfallartigen Besuchs. Aber obwohl unten im Restaurant mittlerweile der letzte Tisch besetzt und viel zu tun ist, lädt er mich in sein Büro ein und gibt bereitwillig Auskunft auf meine Fragen. Bereits seit 1986 lebt der Hagerer mit seiner Frau und seinen drei Kindern am Atitlán-See. „Seit die Panamericana ausgebaut wurde, ist der Ort gut erreichbar“, erinnert er sich, „mit dem Ausbau kamen die Touristen und mit ihnen der Müll. Alles wurde damals in die Flussbette gekippt, in der Regenzeit schwemmten die Flüsse dann alles in den See!“ Geradezu bedenkenlos finde auch Chemie in der Landwirtschaft ihren Einsatz, ohne dass Kleinbauern Anwendungshinweise lesen oder verstehen könnten, erzählt er weiter. Je Hektar Ackerland werden in Guatemala jedes Jahr knapp 76 Kilo Kunstdünger verteilt, das ist die größte Menge in ganz Lateinamerika. Jährlich werden rund 1.000 Fälle kontaminierten Wassers bekannt, 30 Prozent der Kindersterblichkeit wird heute als Folge dieser Umweltverschmutzung gedeutet.

Schon in den 1980er Jahren versuchte Katt, Aufmerksamkeit für dieses Thema zu schaffen. Damals arbeitete er noch als Journalist. Er steht auf, nestelt in einem massiven dunklen Holzregal hinter seinem Schreibtisch und zieht schließlich triumphierend ein Heft hervor: „Ein See geht baden“, lautet der Titel, eine Dokumentation, fein säuberlich mit Schreibmaschine auf mittlerweile vergilbtem Papier verfasst, illustriert mit manuell kopierten und eingeklebten schwarz-weißen Fotos. Schon damals warnte Katt vor dem sorglosen Vertrauen auf die Selbstreinigungskräfte des Sees und die

Touristenmassen, die tagtäglich tonnenweise Müll und Abwasser produzieren. 1988 organisierte er gemeinsam mit anderen Ausländern am Atitlán-See Müllsammelaktionen, später dann bewegte er seine Heimatstadt Hagen zu der Spende von Müllwagen und den lokalen Bürgermeister zum Bau der allerersten Müllkippe überhaupt im Land.

Doch solche Projekte sind in Guatemala nicht einfach: Auch heute, 20 Jahre später, scheint das Thema Umweltschutz in den Köpfen der Menschen noch nicht angekommen zu sein; die tiefschwarzen Rußwolken, die jedes Fahrzeug ausspuckt und die zahllosen wilden Müllkippen zeugen davon. Jeder Steilhang scheint eine unausgesprochene Einladung an die Guatemalteken zu sein, ihren Müll dort abzuladen. Zudem gehen Guatemala jedes Jahr über 70.000 Hektar Waldfläche verloren, die vor allem der Viehzucht zum Opfer fallen. Vermutlich brauche es mehrere Generationen, bis sich ein Umdenken einstelle, seufzt Katt.

Unterdessen hat sich auch seine Frau Astrid zu uns gesellt, wir sind gemeinsam in die gegenüberliegende Kneipe weitergezogen und reden bei einigen Flaschen „Cabro“-Bier bis tief in die Nacht über Gott und die Welt: Über ihr Leben zwischen Guatemala und Deutschland, die Zeit als Honorarkonsul und ihre regelmäßigen Aufenthalte in einem indischen Ashram. Als um uns herum die Stühle auf die Tische gestellt und die Lampen ausgeknipst werden, gehen wir. Es ist spät geworden. Obwohl die Katts eigentlich gar keine Zeit haben und am nächsten Tag umziehen müssen.

9.1 Der Tag, an dem in Panabaj die Welt unterging

An den 5. Oktober 2005 kann sich Francisco Tzina noch gut erinnern: Tagelanger Dauerregen war auf das Dach seiner Hütte in Santiago Atitlán geprasselt, keiner in dem Dorf am südöstlichen Ufer des Atitlán-Sees wollte mehr sein Haus verlassen und seit dem Vorabend war der Strom ausgefallen. Es muss so gegen drei Uhr morgens gewesen sein, als Francisco aufwachte: „Es hörte sich an, wie das Dröhnen eines Flugzeuges“, erinnert er sich und versucht, das Geräusch nachzumachen. Ein tiefes, dunkles Grollen, das vom Vulkan Tolimán her gekommen sei, sagt er. Schon begannen die ersten Nachbarn, von Tür zu Tür zu laufen und zu klopfen: „Eine Lawine! Verlasst das Haus!“ Jeder griff sich, was er noch konnte und versuchte zu fliehen; auch Francisco, seine Frau und seine Mutter im Schlepptau.

Doch viele seiner Nachbarn aus seinem Viertel Panabaj schafften es nicht, sie überraschte die Katastrophe im Schlaf. Riesige Schlamm- und Geröllmassen hatten sich nach den tagelangen Regenfällen am Abhang gelöst und gingen ungebremst über der Mayasiedlung nieder: Menschen,

Tiere, Häuser, Habseligkeiten – alles wurde begraben und versank in einer braunen Lehmmasse.

Tagelang blieb die Region fast abgeschnitten von der Außenwelt, nur wenige Helfer drangen vor, denn auch weite Teile des restlichen Landes waren betroffen, Zufahrtsstraßen zerstört. Die Bergung der Toten blieb schwierig, hunderte blieben unter meterdicken Schlammmassen verschollen. Eine Woche später schließlich gaben die Behörden bekannt: Hier wird nicht weiter gegraben, Panabaj und das Nachbardorf Tzanchaj wurden zu Massengräbern erklärt. Diego Esquina Mendoza, der damalige Bürgermeister von Panabaj in Santiago Atitlán sagte später: „Die Dörfer haben aufgehört zu existieren.“

Auf diese Tragödie deutet an diesem Vormittag wenig hin: In sengender Mittagshitze waten Francisco und ich durch ein staubiges Areal voller Lehm, kleine Avocadobäume sind um uns herum gepflanzt und erreichen bereits Kniehöhe. „Campo Santo“, „Heiliges Feld“ wird es von den Anwohnern genannt und Francisco erklärt: „Hier, in fünf bis sechs Metern Tiefe liegen unsere Toten.“ Es herrscht beklemmende Stille, nur ein paar Grillen zirpen. Wenig erinnert an sie, eine offizielle Gedenkstätte sucht man vergebens. Nur verwitterte Kreuze stecken vereinzelt im Boden. Auf einer blau angemalten Holzlatte lese ich: „Daniel Enrique Chumil, Luiza Ramirez, Rosalinda Chumil Ramirez starben am 5. Oktober 2005“. Francisco deutet auf einen Steinhaufen: Weitere 25 Opfer, sagt er, eine ganze Familie. Bei genauerem Hinsehen entdecke ich zwischen den Bäumchen zahlreiche solcher Steinhügel auf dem Feld. Für die Angehörigen der einzige Ort, um zu trauern. Panabaj ist ein einziger riesiger Friedhof. Unter meterhoher Erde liegen die Verschütteten. Sie wurden nie ausgegraben und ordentlich bestattet.

Hurrikan Stan und seine Folgen trafen nicht nur die Region um den Atitlán-See: Rund 1.500 Tote, 130.000 Obdachlose und Millionen Hektar Ackerland gingen in ganz Guatemala 2005 verloren. Ein Naturunglück, sagten vor allem die Politiker. Eine vorhersehbare, von Menschen verantwortete Katastrophe, behaupten andere. Denn es sind die Ärmsten, die ihre Hütten und Häuser in steilen Hanglagen oder an ungesicherten Flussufern errichten. Das fruchtbare und leicht zu bearbeitende Ackerland befindet sich oft in den Händen von Großgrundbesitzern. Wer hingegen kein Geld hat, siedelt sich in dem zerklüfteten Land an, mit einer armseligen Hütte aus Karton, Lehm und Wellblech und baut an den brandgerodeten Hängen kleine Rationen Mais oder Gemüse an. Die Folge sind Erosion und Lawinen. Der Staat duldet diese Praxis, das ist schließlich einfacher, als alternative Siedlungsflächen für die Ärmsten anzubieten.

Auch eine Entschädigung oder eine Hilfe beim Neuaufbau hätten die wenigsten Überlebenden bekommen, erzählt mir Francisco. Zumindest nicht

die, die schon vorher so gut wie nichts besaßen. So sei das eben immer in Guatemala, knurrt er: Die, die schlau waren, und die, die Geld gehabt hätten, um Verbände und Politiker zu schmieren, die hätten jetzt schöne neue Hütten da drüben, sagt er und deutet über den See, zum „Cerro de Oro“. Aber viele hätten dafür kein Geld gehabt, die meisten verstünden ja noch nicht einmal richtig spanisch. Sie müssten jetzt ärmliche Hütten in Santiago de Atitlán anmieten, von Geld, das sie nicht besitzen. Oder am nächsten Steilhang siedeln. Um die Interessen der Reichen werde sich gekümmert, seufzt Francisco, aber für die Ärmsten interessiere sich kein Mensch.

9.2 Wohnen auf dem Fußballplatz: San Andrés Semetabaj

Diese ernüchternde Erfahrung haben auch die Bewohner der Siedlung in San Andrés Semetabaj oberhalb des Atitlán-Sees gemacht: 22 Familien wohnen hier auf dem örtlichen Fußballplatz, den der Bürgermeister ihnen zur Verfügung gestellt hat. Dazu gab's noch weiße Plastikzelte, auf denen „Shelter Box“ aufgedruckt ist. Damit ist die Hilfsbereitschaft aber offenbar ausgeschöpft.

Astrid Katt hat mich in ihrem kleinen weißen Auto mitgenommen nach San Andrés Semetabaj, rund 20 Autominuten von Panajachel entfernt. Eigentlich kümmert sie sich hier um kleine Bildungsprojekte, die die Atitlán-Stiftung fördert. Doch vergangenen Dezember erzählte man ihnen von den Siedlern auf dem Fußballplatz. Kurz vor Weihnachten war das, „und die Menschen hier hatten nichts“, erinnert Astrid Katt sich, „sie schliefen auf dem nackten Boden!“

Durch enge Kurven arbeiten wir uns den Berg hoch. Immer wieder sind Teile der Straße mit Geröll verschüttet oder andere Teile abgebrochen wie ein Stück Kuchen – dort geht es ohne jede Absperrung oder Sicherung mehrere hundert Meter steil in die Tiefe.

Als wir in San Andrés Semetabaj ankommen, ist die Neugierde groß. Binnen weniger Minuten sind wir umringt von Dorfbewohnern und kichern den Kindern, die ungläubig auf mein Aufnahmegerät starren. Man muss sie nicht lange überzeugen, bis sie bereitwillig Auskunft geben, allzu selten kommt es offenbar vor, dass sich jemand für sie interessiert oder sie nach ihrer Meinung gefragt werden.

Rosa María klappt den weißen Zeltlappen ihrer „Shelter-Box“ zur Seite und bittet mich in das, was seit zehn Monaten ihr Zuhause ist: Der Boden ist mit abgewetzten Teppichen und Decken ausgelegt, an der Wand lehnt hochkant eine speckige Matratze und nahezu jeder Haken und jede Öse in dem Zelt dient dazu, irgendetwas aufzuhängen: Die Haarbürste, die Tüte mit den Zwiebeln,

den Kochtopf, ein paar Schuhe, ein dudelndes Radio. Insgesamt zehn Personen wohnen und schlafen hier, erklärt Rosa María mir: Sie und ihre Tochter, ihre Schwester mit ihrem Baby, ihr Vater, ihre Mutter, ihre drei Brüder und ihr Cousin, zählt sie auf und lächelt dabei verlegen. Wie das platztechnisch funktionieren soll, ist schwer vorstellbar, denn die „Shelter-Boxes“ haben schätzungsweise eine Grundfläche von zwei mal zwei Metern.

Nebenan wohnt Pedro Méndez mit seiner Familie, er hat schon ein bisschen ausgebaut: aus Holzplatten und Wellblech hat er ein schiefes Vordach zusammen gezimmert. Hier liegen Fahrräder, Kleider und Kochtöpfe in einem wilden Durcheinander verteilt, die Kinder spielen auf dem nackten Lehm Boden, während daneben die Mutter auf einem Holzfeuer das Mittagessen kocht und der dichte Qualm in ihr Zelt zieht. Das Zelt und das provisorische Gestell bieten der Familie fast keinen Schutz, der Dreck kommt von außen herein, der Regen, der Wind, die Hitze – schwierig sei das, sagt Pedro: „Es ist zum Verzweifeln! Früher hatten wir unsere eigenen Hütten, sie waren zwar aus Lehm und sie waren bescheiden. Aber wir hatten unser Auskommen, wir konnten Mais und Bohnen anbauen!“

Zu sechst wohnen sie in ihrer Zeltbaracke. Seit dem 12. Mai 2010. Damals fegte der Wirbelsturm Agatha über das Land hinweg. Pedro, Rosa Maria und die anderen 22 Familien ihrer Maya-Gemeinschaft hatten, wie so viele Guatemalteken, in einer Risikozone an einem Steilhang gesiedelt, in Chuitinamit, einem Ort rund fünf Kilometer von San Andrés Semetabaj entfernt. Der Bürgermeister holte die Comunidad – offenbar aus einem Verantwortungsgefühl heraus – dort weg, stellte Strom und Wasser ab und siedelte sie auf dem Fußballplatz mit den Zelten an. Damit war die Sache für ihn allerdings erledigt.

Pedro, Rosa Maria und ihre Familien sind anderer Meinung: „Das ist unwürdig“, schimpft der Familienvater. Er wünscht sich ein Zuhause, in dem seine Frau endlich wieder in einem abgetrennten Raum kochen kann. „Acht Monate haben wir unter Wind, Regen und Kälte gelitten! Was wir brauchen, ist Land, wo wir unsere Hütten wieder aufbauen können!“, fordert Rosa Maria. Mehrfach schon haben sie beim Bürgermeister vorgesprochen, der versprach, sich im Januar 2011 darum zu kümmern. Dann vertröstete er die Familien auf Februar, jetzt ist März, ohne, dass etwas passiert ist.

Das Ersehnte liegt gar nicht so weit, Rosa Maria zeigt auf ein vertrocknetes Feld ein paar hundert Meter weiter unterhalb, von der Größe zweier Fußballfelder. 750.000 Quetzales will die Besitzerin dafür haben, das sind umgerechnet 70.000 Euro – Geld, das die Maya-Familien nicht haben. Und niemals haben werden.

Mittlerweile werden die Nächte schon wieder kühl. Feuchte Kälte kriecht nachts von unten in die Zelte. Viele Kinder sind krank, sie haben Bronchi-

tis oder Durchfall, weil es auch kein sauberes Wasser gibt. Nothilfe könne man eigentlich nicht leisten, sagt Astrid Katt. Trotzdem machten sie und ihr Mann angesichts dieser Not im Dezember bei der Atitlán-Stiftung kurz entschlossen Geld locker für Matratzen, Schuhe und ein paar hundert Pfund Bohnen, Reis und Mais. „Damit sie wenigstens zu Weihnachten ihre Tortillas und ihre Tamales machen konnten“, sagt sie. Doch das neue Grundstück würde auch die finanziellen Mittel der Stiftung sprengen. „Und eigentlich wäre das Aufgabe des Staates!“, sagt sie empört. „Außerdem kann es doch auch keine Lösung sein, dass die Familien von Almosen und den Hilfen internationaler Organisationen abhängig bleiben!“ Doch der Staat schweigt. Wer in Guatemala Hilfen oder Entschädigungen nach Naturkatastrophen erhält, ist offenbar rein willkürlich. Schon in wenigen Monaten kommt die Regenzeit wieder. Wie sie die in den Zelten überstehen sollen, weiß hier keiner: „Wir haben alle Angst“, sagt Pedro, „viele sind noch traumatisiert von Agatha. Und wie soll ich denn meine Kinder schützen?“, fragt er und keiner kann ihm eine Antwort geben.

Ob Pedro, Rosa Maria und ihre Familien Klimaflüchtlinge seien? „Ja natürlich!“, sagt Hans-Jürgen Katt und seine Stimme wird fast ein bisschen ungehalten. „Sie sind gezwungen, dort zu bleiben. Von der Regierung ist nichts mehr zu erwarten. Und ich befürchte, dass einer nach dem anderen aufgibt.“ Aufgeben? „Einer nach dem anderen wird die Gemeinschaft verlassen und versuchen, sich woanders durchzuschlagen. Irgendwo auf den Plantagen oder in die Stadt, wo man für 14 Stunden Arbeit am Tag vielleicht 25, 30 Quetzales verdient. Aber diese Comunidad, diese indigene Gemeinschaft, in der sie jetzt leben, die wird dann zerstört.“

10. Auf der Flucht vor dem Klima?

Gründe für die Menschen, Guatemala zu verlassen, gibt es also genug. Das habe ich in den letzten Wochen immer wieder erfahren. Und fast jeder, dem ich hier begegne, hat eine eigene Migrantengeschichte. Estéban und Lilli, die mir in Guatemala-Stadt erzählen, wie sie für 30.000 Quetzales – das sind immerhin rund 2.600 Euro – von einem so genannten „Coyote“, einem Schleuser, über die amerikanisch-mexikanische Grenze geschmuggelt wurden, zwei Tage durch die Wüste marschierten und dann mehrere Jahre in Georgia lebten – bis sie die Nase voll hatten vom Leben in der Illegalität und einem Dasein als quasi Rechtloser. Sie entschieden sich, zurück zu gehen. Arbeit haben sie immer noch nicht – obwohl sie beide ausgebildete Lehrer sind.

Flor, der mit mir zusammen in der Casa San Benito frühstückt, hat eine Arbeit als Fahrer für eine Organisation, doch seine Bezahlung reicht hinten

und vorne nicht, um seine Frau und seine beiden Kinder zu ernähren. Auch er hat bereits zwei Jahre in New York gelebt und er denkt darüber nach, wieder zurück zu gehen. Ob er denn dann nicht seine Familie vermissen werde? – Er zuckt mit den Schultern. Irgendwo müsse das Geld ja her kommen, sagt er.

Flor, Estéban und Lilli sind drei von rund 1,5 Millionen Guatemalteken, die allein 2009 im Ausland lebten, Tendenz steigend. Das geht aus Statistiken der Internationalen Organisation für Migration (IOM) in Guatemala hervor. Somit leben rund 11 Prozent der Gesamtbevölkerung nicht im eigenen Land, sondern zu über 90 Prozent in den USA. Und fast alle schicken Geld an ihre Familien daheim, die so genannten „remesas“, die sich mittlerweile zu einem enormen Wirtschaftsfaktor für Guatemala entwickelt haben: 2009 kamen nach Angaben der Weltbank insgesamt 3,8 Milliarden US-Dollar auf diesem Wege ins Land, das sind umgerechnet 272 US-Dollar pro Kopf und Empfänger im Monat.

„Die Gründe für Migration sind vielfältig und mehrheitlich sind sie in Guatemala durch die schlechte wirtschaftliche Situation und die mangelnden Perspektiven begründet“, erklärt mir Sonia María Pellecér von der IOM in Guatemala-Stadt. 2008 hat sie die Studie „Enfoque global entre migración y desastres naturales“ über den Zusammenhang zwischen Naturkatastrophen und Migration erstellt. Hintergrund war damals Hurrikan Stan 2005, von dem 3,5 Millionen Menschen direkt und 11,2 Millionen Menschen indirekt betroffen waren. Über 40.000 Menschen mussten in der Folgezeit in Notunterkünften leben.

Tatsächlich hat aber nur ein Prozent von Guatemalas Emigranten danach das Land aufgrund der Naturkatastrophen verlassen. Das ist das zentrale Ergebnis der Umfrage, die Pellecér und ihre Kollegen 2008 durchführten. Die Erklärung sei ganz einfach, so die Expertin: Menschen, die sich entscheiden, auszuwandern, verfügen in der Regel über ein Minimum an Besitz: Wer reisen will, braucht die finanziellen Mittel, so wie Estéban und Lilli, die 30.000 Quetzales für einen Schleuser zahlen mussten. Solche Menschen besäßen ein kleines Haus oder Land, das sie verkaufen oder nutzen, um sich zu verschulden, so Pellecér. Und sie brauchten Verbindungen in das fremde Land: Verwandte, Freunde, Netzwerke. Tatsächlich sind es laut IOM auch lediglich drei Prozent der Migranten, die ohne jeden Schulabschluss und Ausbildung versuchen, im Ausland Fuß zu fassen.

Migration funktioniert also nicht ohne ein Mindestmaß an Kapital, über das die Mehrheit der Guatemalteken eben nicht verfügen. „Üblicherweise sind es hier, wie wohl weltweit, die Ärmsten, die am schlimmsten von den Naturkatastrophen getroffen werden“, sagt Pellecér: Also jene, die an Steilhängen siedeln, weil sie sich kein anderes Land leisten können. Menschen,

die in unbefestigten Häusern aus Wellblech und Pappe leben, weil sie kein Geld für Steine und Zement besitzen. Menschen, die auf ihrer eigenen Parzelle Obst und Gemüse anbauen, um sich selbst zu versorgen. „Daher“, sagt die Migrationsexpertin, „führen Naturkatastrophen und Dürren eher zu Binnenmigration oder schlichtweg zur Verlagerung an den nächsten Steilhang. Die tauchen in keiner Statistik auf.“ Vor diesem Hintergrund seien auch die 200 Millionen Menschen zu sehen, die nach Schätzungen der IOM bis zum Jahr 2050 auf der Flucht vor den Folgen des Klimawandels sein sollen. Diese Zahl beziehe sich nicht nur auf Emigration, sondern vor allem auch auf die Abwanderungs- und Verlagerungsprozesse innerhalb der betroffenen Länder, so Pellecér.

Gibt es sie also gar nicht, die „Klimaflüchtlinge“? Die Expertin lächelt nachsichtig. Ja, Journalisten benutzen diesen Begriff gerne, sagt sie, weil er so stark und so emotional aufgeladen sei. Aber im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention sei nun einmal Verfolgung das Kriterium für den Flüchtlingsstatus. Somit leite sich aber auch aus klimabedingter Migration bei den Vereinten Nationen, in der EU oder anderswo bislang kein Rechtsanspruch für die Betroffenen ab. Der wissenschaftliche Diskurs hantiert derzeit mit Begriffen wie „Umwelt- oder Klimamigration“ und „umweltbedingter oder erzwungener Migration“ herum, ohne dass es eine allgemein anerkannte Definition gibt. Auch das Abgrenzungsproblem zu Armuts- und Wirtschaftsflüchtlingen konnten Pellecér und ihre Kollegen noch nicht lösen.

Das bedeute jedoch keinesfalls, dass dieses Phänomen nicht existiere. Was es viel mehr brauche, seien neue Konzepte, fordert sie und verweist auf das Beispiel eines temporären Schutzes wie ihn der „Temporary Protected Status“ (TPS) gewährt, der 1990 in den USA eingeführt wurde und jenen Menschen Aufenthalt und Arbeitsgenehmigung in den USA gewährt, die zeitweise wegen bewaffneter Konflikte oder Naturkatastrophen nicht in ihr Land zurückkehren können. Zu den Ländern zählen aus Sicht US-amerikanischer Behörden derzeit El Salvador, Haiti, Honduras, Nicaragua, Somalia, Sudan. Guatemala hat sich im Juni 2010 um einen solchen Status beworben, doch der Antrag ist bislang nicht durch den Kongress gegangen.

Doch während Politiker, Wissenschaftler und Völkerrechtler noch um Definitionen ringen, sind die Flucht und Verdrängung aufgrund des Klimawandels andernorts bereits Realität: Die Regierungen der pazifischen Inselstaaten Kiribati und Tuvalu haben für ihre 125.000 Bürger Asyl in Australien und Neuseeland beantragt; irgendwann nach 2050 wird es ihre Heimat wegen des steigenden Meeresspiegels nicht mehr geben. Am 24. November 2005 entschied die Regierung von Papua Neuguinea, die Einwohner der Carteret-Inseln im Südpazifik zu evakuieren, weil Salzwasserüberschwemmungen die Böden unfruchtbar gemacht hatten. Und in Guatemala leben

Menschen wie Rigoberta, Estela, Pedro oder Rosa Maria noch immer in Notunterkünften und mit einer ungewissen Zukunft.

11. !Hacia un Futuro mejor! – Auf, in eine bessere Zukunft?

Alles hängt zusammen: Wir in der ersten Welt sind verantwortlich für den Klimawandel, die Folgen aber bekommen diejenigen zu spüren, die kaum dazu beigetragen haben. Auch das ist Globalisierung.

Armut macht besonders verwundbar gegenüber den Folgen des Klimawandels. Anpassung in Form von sichereren Häusern, Versicherungen oder schlicht Abwanderung kosten wiederum Geld. So entsteht eine Abwärts-spirale: Die Armut verhindert Anpassungsmaßnahmen – der Klimawandel verschärft die Armut und beide Effekte drohen, sich gegenseitig zu verstärken. Insofern spielen auch Politik und Armutsbekämpfung eine maßgebliche Rolle bei der Bekämpfung der Folgen der Naturkatastrophen.

Im September 2011 wird in Guatemala ein neuer Präsident gewählt. „Hacia un futuro mejor!“ – so oder inhaltlich ähnlich schreien es einem derzeit großformatige, bunte Wahlplakate an jeder Straßenecke Guatemalas entgegen. Mit jedem Einzelnen der zahlreichen Kandidaten, so das verheißungsvolle Versprechen, werde es mit Guatemala endlich in eine bessere Zukunft gehen. Aber die Chapines, wie die Guatemalteken sich selbst nennen, glauben das schon lange nicht mehr. Keiner meiner Gesprächspartner macht sich ernsthaft Hoffnung auf einen Wandel nach den Wahlen. Egal, wer gewinne, die Probleme würden die gleichen bleiben, sagt mir Padre Pedro, der in Ampáro am Rande der Hauptstadt tagtäglich die Häuser an den Steilhängen und die Armut vor Augen hat. „Alle politischen Maßnahmen sind nur Makulatur. Und wenn jetzt Kandidaten eine Politik der Harten Hand gegen die überbordende Gewalt im Land ankündigen, dann bekämpft das nur die Symptome, aber nicht die Ursachen.“ Zudem sei die Zivilgesellschaft sehr apathisch und passiv, sagt er, es fehle an kritischem Geist, darum seien die Menschen für populistische Botschaften so empfänglich.

Guatemala hat ein zersplittertes Parteiensystem, Parteien werden vor allem als Plattform für die Erlangung von Macht genutzt, Strukturen sind stark personalisiert und ein von der Basis verabschiedetes Programm ist unüblich. Dementsprechend vage bleiben die Programme in ihren Aussagen zu sozialer Marktwirtschaft, Rechtsstaatlichkeit, Armutsbekämpfung und Demokratie. Aktuell wird in Guatemala über die Zulassung einiger Präsidentschaftskandidaten debattiert. So will zum Beispiel Sandra Torres, die Frau des amtierenden Präsidenten Álvaro Colom antreten. Ebenso Zury Ríos, die Tochter des Ex-Generals Efraín Ríos Montt. Beiden ist die Kandidatur of-

fiziell laut Verfassung wegen verwandtschaftlicher Verhältnisse untersagt. Aber eben nur offiziell.

Schon Ríos Montt setzte sich darüber hinweg, als er sich 2003 zur Wahl stellte, obwohl ihm das als ehemaliger Putschist nicht erlaubt war. Und ausgerechnet in den Gebieten Guatemalas, die stark indigen geprägt sind und die zu Zeiten des Bürgerkriegs am meisten unter seiner menschenrechtsverachtenden Politik zu leiden hatten, bekam er die meisten Stimmen. „Die Menschen hier haben einfach kein historisches Gedächtnis“, seufzt der Menschenrechtler Nery Rodenas. Ex-General Otto Pérez Molina, ebenfalls verantwortlich für zahlreiche Verbrechen während der Militärdiktatur, kandidiert für die kommenden Wahlen und erreicht in diesem März Umfragewerte von 47,2 Prozent.

Was ist das für ein Land, in dem sich so viele Menschen die harte Hand der Militärdiktatur zurückwünschen? – Ein Land, in dem allein 2010 mehr als 6.500 Morde verübt wurden. Das eine der höchsten Tötungsraten weltweit aufweist. Wo Korruption und Drogenhandel bis in die höchsten politischen Kreise verflochten sind. Und wo die Wahrscheinlichkeit, für ein Verbrechen bestraft zu werden, gering ist. Vor diesem Hintergrund geraten Themen wie Klimawandel, Verwundbarkeit und Armut in den Hintergrund. Zumindest bis zum nächsten Wirbelsturm.

Aber auch auf internationaler Ebene tut sich wenig: Bei der Weltklimakonferenz im mexikanischen Cancún 2010 konnte man sich lediglich auf das Minimalziel einigen, das Kyoto-Protokoll bis 2012 fortzusetzen. Außerdem soll es einen Grünen Klima-Fonds geben, der ärmeren Ländern helfen soll, mit den Folgen der Klimaerwärmung fertig zu werden. In diesen zunächst von der Weltbank verwalteten Fonds sollen ab 2020 jährlich 100 Milliarden Dollar fließen. Im November 2011 geht die Weltklimakonferenz im südafrikanischen Durban in eine nächste Runde. Ob dann weiter reichende Beschlüsse verfasst werden? Ob man sich dann der Opfer des Klimawandels in den ärmsten Staaten annehmen wird? Ob Pedro, Rosa Maria und ihre Familien dann immer noch in ihren „Shelter-Boxes“ wohnen werden?

„Je länger man das Notwendige unterlässt, desto teurer wird es später, das Unvermeidliche zu tun“, sagte Angela Merkel 2007. Den Unterhändlern in Durban sollte das eine Mahnung sein. Und der Bundeskanzlerin auch.

12. Danksagung

Ich möchte der Heinz-Kühn-Stiftung danken, die mir diese wunderbare und spannende Reise ermöglicht und die Chance gegeben hat, ein Thema so umfassend und jenseits des deutschen Medien-Mainstreams zu recherchie-

ren. Schwester Petra aus der Casa San Benito war für mich der erste Anker, als ich etwas verloren, spät abends in Guatemala-Stadt ankam – darüber bin ich bis heute froh. Ich danke Dr. Carreras, Padre Pedro und José Luis Colmenares von der Caritas in Guatemala für ihre Kontakte und Hans-Jürgen Katt und seiner Frau Astrid von der Atitlán-Stiftung für ihre Geduld, ihre Herzlichkeit und den schönen Abend in der Bar Atlantis.

Herr Hees von Caritas International, Herr Wolpold-Bosien von FIAN und vor allem Frau Freitag von Adveniat haben mich mit vielen guten Ratschlägen, Informationen und Adressen im Vorfeld der Reise versorgt, auch dafür bedanke ich mich herzlich. Vor allem aber bei vielen Menschen, denen ich in Guatemala begegnet bin und die mich mit ihren Geschichten, ihrer Hilfsbereitschaft und manchmal auch nur mit ein paar freundlichen Worten unterstützt und mein Bild von dem Land verändert haben.

Ich danke Ute Maria Kilian, die immer an diese Reise geglaubt hat, auch als ich das zwischendurch nicht getan habe. Und Carsten, der mich immer ziehen lässt.